

Die Landes- handwerterführer



W. G. Schmidt



Baehner

Roos

Gamet



Röding

Schmidt

Behme



Rahmann

Heß

Schramm



Gegenberg

Magania

Steff



Näher

Ziepel

Jöhmann

Die Saar wehrt sich

Saardeutsche Denkschrift gegen die Knog'schen Putschgerüchte

In Genf herrschte bei Zutritt des Völkerbundesrates eine unverkennbar nervöse Stimmung. Ist man doch auch in Völkerbundskreisen davon überzeugt, daß die Saarfrage eine klare Entscheidung verlangt, um die Gerüchte über eine systematische Verschleppung der Saarabstimmung zu zerstreuen. Andererseits ist bekannt, daß die Saarregierung eine feindselige Einstellung der Saarbevölkerung und der deutschen Regierung gegenüber einnimmt, die sie durch zahlreiche Maßnahmen bestätigt hat. Der vor kurzem von dem Präsidenten der Saarregierung, dem Engländer Knog, an das Generalsekretariat des Völkerbundes gerichtete Brief mit den Putschgerüchten und Verdächtigungen der saardeutschen Bevölkerung muß als stärkster Ausdruck des Willens der Saarregierung angesehen werden, Ruhe in die Bevölkerung hineinzutragen und die Abstimmung selbst zu Gunsten Frankreichs zu beeinflussen. Sämtliche Mitglieder der Saarregierung werden zu den Saarverhandlungen in Genf versammelt sein, zum Teil sind sie in Genf bereits eingetroffen. Aber auch die deutsche Saarbevölkerung hat wieder eine Delegation nach Genf entsandt, der sowohl der Führer der Deutschen Front, Pirro, wie die bekannten saardeutschen Führer Rechtsanwalt Lebacher, Arbeiterführer Kiefer und Kommerzienrat Dr. Röding angehören.

Die Deutsche Front hat außerdem Veranlassung genommen, der Gerüchtmacherei der Saarregierung durch eine Denkschrift entgegenzutreten, die sie dem Völkerbund überreicht hat. In der Denkschrift wird der Standpunkt des deutschen Volkes an der Saar zur Frage der Abstimmung und der Zukunft des Saargebietes noch einmal zusammenfassend dargelegt. Im einzelnen wird u. a. ausgeführt:

Die Führung der Deutschen Front hat in wiederholten Eingaben an den Hohen Rat des Völkerbundes zum Ausdruck gebracht, daß hinter ihr die erdrückende Mehrheit der Saarbevölkerung steht. Diese Tatsache ist bestritten worden; insbesondere haben Delegationen, die außerhalb der Deutschen Front stehen, in Genf immer wieder behauptet, sie hätten eine große Anhängerzahl. Am 6. Mai 1934 ist in Zweibrücken die Zahl der Mitglieder der Deutschen Front bekanntgegeben worden; sie beträgt jetzt schon über 455 000. Die Zahl der Abstimmungsberechtigten kann mangels genügender statistischer Unterlagen (der Hohen Rat hat die Offenlegung des Abstimmungsmaterials bisher nicht beschlossen) noch nicht genau angegeben werden. Die in der Deutschen Front zusammengeführten Abstimmungsberechtigten machen mehr als 93 Prozent der gesamten stimmberechtigten Bevölkerung im Saargebiet aus. Die Führung der Deutschen Front hat damit den unumstößlichen Beweis erbracht, daß sie allein berechtigt ist, im Namen der Saarbevölkerung zu sprechen. Gestützt auf diese Stärke kann die Führung der Deutschen Front den Wunsch des Hohen Rates nur teilen, daß die Abstimmung frei, geheim und unbeeinflusst sei.

Zur Frage der Abstimmung heißt es dann in der Denkschrift u. a.: Die Deutschen des Saargebietes haben, wie dies bei allen Völkern der Fall ist, über ihre völkische Zugehörigkeit in dem Augenblick schon entschieden, da sie als Kinder ihrer deutschen Mütter das Licht der Welt erblickt haben. Eine Volksabstimmung darüber, ob die Saarländer zu Deutschland oder nicht zu Deutschland wollen, bedeutet an sich eine Mißachtung und Geringschätzung des Saarvolkes. Eine so geartete Volksabstimmung spekuliert auf die Beeinflussbarkeit des deutschen Charakters mit Mitteln, die nicht als fair bezeichnet werden können. Die Deutsche Front und somit die Deutschen an der Saar wollen sich einer Volksabstimmung gewiß nicht entziehen. Sie hätten aber gewünscht, daß das Angebot des deutschen Reichkanzlers, die Saarfrage auf friedlichem Wege zu lösen, von der Gegenseite angenommen wäre. Durch diesen friedlichen Akt hätte der Weg frei gemacht werden können zu einer endlichen Ausöhnung der beiden großen Nachbarvölker. Eine Befragung des Saarvolkes über eine solche Lösung hätte alsdann mit überwältigender Mehrheit bestätigt, was Vernunft und Recht erfordern. Wir sind überzeugt, daß auch der Völkerbund diese Entscheidung respektiert hätte. Nur eine verschwindende Minderheit hätte sich gegen eine solche

friedliche Lösung wenden und dem Völkerbund und Frankreich ihre Mißbilligung darüber ausdrücken können, daß man sie daran gehindert hat, ihr eigenes Volk zu verraten.

Die Denkschrift geht sodann auf die Berichte des Präsidenten der Saarregierung Knog ein, in denen von „Terrormaßnahmen der Deutschen Front“ und „Putschplänen“ gesprochen wird. Die Deutsche Front weist in ihrer Denkschrift darauf hin, daß ihr nicht unbekannt sei, daß Präsident Knog Mittel und Wege sucht, die Notwendigkeit internationaler Hilfspolizei zu beweisen. Zu dieser Beweisführung wären Terrorakte die geeignetsten Mittel. Die Deutsche Front lehne jedoch jeden Terror ab und verlange von ihren Mitgliedern strengste Disziplin, insbesondere die genaueste Beobachtung der saarländischen Gesetze.

Die Denkschrift erinnert daran, daß die Saarbevölkerung in den vergangenen 15 Jahren unter den allerhöchsten Verhältnissen Ordnung und Ruhe bewahrt habe, obwohl sie in den Jahren 1918—1924 dreizehn Todesopfer durch das französische Militär zu betragen gehabt habe. Als Beweis der friedfertigen Gesinnung der Saarbevölkerung wird ein Urteil angeführt, das der frühere Präsident der Regierungskommission, G. W. Stephens, am 12. März 1927 in einer öffentlichen Sitzung des Hohen Rates wie folgt abgegeben hat:

„Die Saarbevölkerung ist eine ordnungslebende, stolze und vaterländisch gesinnte Bevölkerung. Die Regierungskommission konnte bei ihrer Tätigkeit nur Erfolg haben infolge des gegenseitigen Respektes, den eine kluge Verwaltung und eine ausgezeichnete Bevölkerung sich entgegenbringen.“

Es wird dann noch auf einen weiteren Ausspruch des Präsidenten Stephens hingewiesen, in dem festgestellt wird, daß die aus der Bevölkerung rekrutierte örtliche Gendarmerie des Saargebietes musterhaft sei. Unter Hinweis auf diese Erklärung stellt die Denkschrift fest, daß die von dem Präsidenten der Regierungskommission, Knog, geleitete Abteilung des Innern diese vorzügliche Polizeitruppe mit aus Deutschland geflüchteten Emigranten durchsetzt habe. Die Deutsche Front sieht, wie in der Denkschrift weiter ausgeführt wird, in der Einstellung solcher Leute in die saarländische Polizei eine Provokation gegenüber der Saarbevölkerung und glaubt annehmen zu können, daß viele der Beschwerden, die die Regierungskommission an den Völkerbundsrat gerichtet hat, von diesen unsauberen Elementen herrühren. Es wird dabei an das Beispiel des Emigranten Nachts erinnert, der während des Weltkrieges wiederholt Selbstverstümmelungen vorgenommen hat, weil er zu feige war, an der Front für sein Vaterland zu kämpfen.

Die angeblichen „Putschpläne“ werden dann mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß die Mitglieder der Deutschen Front nicht so töricht seien, ihre sichere Rückkehr zum Deutschen Reich Anfang 1935 dadurch zu gefährden, daß sie wenige Monate vor diesem Termin einen lächerlichen Putsch in Szene setzten.

Zum Schluß der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß die Saarregierung 32 Organe der Deutschen Front auf insgesamt 367 Tage verboten habe, während in der gleichen Zeit — seit Mai 1933 — nur drei Separatistenblätter auf zusammen 30 Tage verboten wurden.

Beratungen über die Saarabstimmung

Die gemeinsame Beratung des Dreierausschusses für die Saarabstimmung mit den vier in Genf weilenden Mitgliedern der Regierungskommission dauerte etwa eineinviertel Stunde.

Wie man hört, hat Präsident Knog seinen Standpunkt in der bekannten Weise vertreten, während das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Coßmann, eine abweichende Meinung zum Ausdruck brachte. Die Beratung soll sich, wie versichert wird, im übrigen noch nicht auf die eigentlichen politischen Fragen erstreckt haben. Man habe sich darauf beschränkt, über die technischen Probleme der Saarabstimmung zu sprechen. Die politischen Fragen seien auf Dienstagabend verschoben worden. Die technische Seite des Berichtes an den Völkerbundsrat sei vorläufig festgestellt; er soll Dienstag den Ratsmitgliedern unterbreitet werden.



Schlesiens Bauerntag

Auf dem ersten schlesischen Bauerntag in Breslau sprachen der preußische Ministerpräsident Hermann Göring und der Reichsbauernführer, Reichsminister Darré, über die Bedeutung und Befundung des deutschen Bauerntums. Unter Bild zeigt von links nach rechts: Reichsminister Darré, den schlesischen Landesbauernführer Freiherr von Reibnitz, Ministerpräsident Göring und Oberpräsident Brücker.